

Oberösterreich: Porträt eines Umbruchs (Teil 1)

Der November 1918 in Oberösterreich: Der Machtwechsel

PETER MÄRZ/SABINE FUCHS

Die mit diesem Beitrag startende Artikelserie „Oberösterreich: Porträt eines Umbruchs“ beschäftigt sich mit den wesentlichen Merkmalen des Übergangs vom vormaligen „Kronland Österreich ob der Enns“ hin zum Bundesland Oberösterreich Ende des Jahres 1918 bis in die frühen 1920er Jahre. Dargestellt wird die Situation in Oberösterreich in ihrer Vielfalt und in ihren Besonderheiten. Wir beginnen mit einem Überblick über die politischen Grundbedingungen und die formalen Aspekte des Machtwechsels. Die nachfolgenden Artikel werden sich mit der wirtschaftlichen Situation im Land, mit den Protesten und Hungerunruhen, den verschiedenen Hilfsaktionen, der Gründung der KPÖ sowie der Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte beschäftigen.

Der unmittelbare Machtwechsel und der politische Umbruch insgesamt gingen in Oberösterreich im Verhältnis zur allgemeinen Lage ruhig vonstatten.¹ Die politischen Eliten vollzogen eine im Grunde genommene „reibungslöse Gewaltübergabe“.² Ursächlich hängt dies mit den deutlichen personellen und auch ideologisch-politischen Kontinuitäten zusammen. Festzumachen ist das vor allem an der Person des langjährigen Landeshauptmanns und Geistlichen Johann Nepomuk Hauser, dessen politisches Verhandlungsgeschick einen formalpolitisch „glatten“ Übergang von der Monarchie zur Republik erlaubte. Diese nahezu bruchlose Machtübertragung stand allerdings in gravierendem Widerspruch zum Konfliktpotenzial innerhalb der Bevölkerung. Die wirtschaftliche und soziale Situation großer Teile der Gesellschaft war bei Kriegsende geradezu desaströs, da im Grunde von Beginn des Krieges weg die Versorgungslage mit Grundnahrungsmitteln problematisch war und die immer stärker werdende Inflation die vorhandenen Lebensmittel massiv verteuerte. Die Bedingungen und die Stimmungslagen widersprachen also einem derart geregelten Übergang, der in dieser Form nur vonstatten gehen konnte, da der Autoritätsverlust der alten Machtelite so weit fortgeschritten war, dass weder Politik noch Bevölkerung Interesse an einem Fortbestehen der Habsburgermonarchie hatten.

Im Juli 1914, zwei Tage vor der Kriegserklärung an Serbien, wurden alle Landtage ebenso wie der Reichsrat für geschlossen erklärt. Die letzten Landtagswahlen im „Kronland Erzherzogtum ob der Enns“ hatten 1909 stattgefunden.³ Die Legislaturperiode der Landtagsabgeordneten erlosch automatisch am 11. September 1915. Bis 1918 starben zudem sechs der im Jahr 1909 gewählten Männer, was bei einer Gesamtzahl von 69 Abgeordneten eine Vakanz von fast zehn Prozent der Mandate bedeutete.⁴ Gewählt worden war der Landtag nach dem Zensuswahlrecht, wobei eine allgemeine Wählerklasse in Oberösterreich erst für die Wahlen im Jahr 1909 eingeführt wurde – damit war „Österreich ob der Enns“ abgesehen von der Bukowina jenes Kronland, das am spätesten dem Beispiel der Reichsratswahlreform von 1896 folgte und eine allgemeine Wählerklasse für steuerzahlende Männer über 24 Jahren einführt. Allerdings gab es wie bei den Reichsratswahlen zahlreiche Einschränkungen des Wahlrechts: Es war an die längerfristige Sesshaftigkeit in einer Gemeinde gebunden. Dies war eine Bestimmung, die klar zu Lasten der Arbeiter und Arbeiterinnen ging, denn sie wechselten auf der Suche nach Arbeit häufiger den Wohnsitz als Bauern oder Kaufleute.⁵ Ebenso waren Personen vom Wahlrecht ausgeschlossen, die eine Armenversorgung aus öffentlichen oder Gemeindemitteln in Anspruch nahmen, auch war die Wahlkreiseinteilung stark ungleichgewichtig und bevorzugte ebenfalls wohlhabende Regionen und Bezirke und somit auch Bevölkerungsgruppen.⁶

Kundgebung am 1. November

Bei Kriegsende herrschte auf allen Ebenen der landespolitischen Entscheidungsgremien ein erhebliches demokratiopolitisches Defizit. Allerdings gab es quer durch alle politischen Lager einen zumindest nach außen getragenen Minimalkonsens, dass sich dies nach dem Krieg sofort ändern sollte. Die Sozialdemokraten forderten mit großem Selbstbewusstsein die ihnen bis dato vorenthaltene politische Gleichstellung ein, während die Christlichsozialen zu Recht von einem Bedeutungszuwachs ihrer Partei nach allgemeinen, gleichen und

freien Wahlen ausgingen. Bei den verschiedenen großdeutschen und deutschnationalen Gruppierungen traten vor allem die zahlreichen Vertreter eines antiklerikalen Kurses für einen völligen politischen Neuanfang ein.

Für den 1. November 1918 hatten die drei großen politischen Gruppierungen des Landes die „Bürger und Bürgerinnen, Offiziere und Soldaten des freien Deutschösterreich“ zu einer öffentlichen Kundgebung für die Republik in Linz eingeladen. Mit Josef Dametz für die Sozialdemokraten und Franz Langoth für die Großdeutschen ergriffen bei der Kundgebung zwei hochrangige Vertreter ihrer Parteien das Wort und sprachen sich für die Republik aus.⁷ Zuvor hatte schon der bisherige kaiserliche Statthalter Erasmus von Handel in der „Präsidialerinnerung Nr. 95“ an die Departements-Vorstände der Statthalterei, die Vorstände der Bezirkshauptmannschaften, und den Leiter des Grenzkommisariats Passau ausdrücklich darauf verwiesen, dass es zwar einen Eid gegenüber dem Kaiser gebe, es aber keine Eid-Untreue sei, dem Staat Deutschösterreich zu dienen, man demzufolge also auf Grundlage der bestehenden Gesetze und Vorschriften im Rahmen der bisherigen Organisation den Dienstpflichten nachzukommen habe.⁸

Provisorische Landesversammlung

Einen Tag später, am 2. November, fand in Linz eine außerordentliche Sitzung des seit 1914 nicht mehr zusammengetretenen Landesausschusses statt. Um einen Ausgleich zwischen der mangelnden demokratischen Legitimation des Ausschusses und den tatsächlichen politischen Verhältnissen herzustellen, wurde mit dem Linzer Gemeinderat Josef Gruber auch ein Vertreter der Sozialdemokraten kooptiert.⁹

Der bisherige Landeshauptmann und Prälat Johann Nepomuk Hauser war durch den Staatsrat Deutschösterreichs damit beauftragt worden, die oberösterreichische Landesregierung provisorisch zu übernehmen. Die Geschäftsführung wurde ihm zu diesem Zweck durch den k.k. Statthalter Freiherr von Handel übergeben, zu seinen Stellvertretern wurden Josef Gruber, Franz Langoth und

Max Mayr ernannt.¹⁰ Hauser übernahm damit zu seinen bisherigen Aufgaben im Bereich der autonomen Landesverwaltung gemeinsam mit seinen Stellvertretern auch die des bisherigen kaiserlichen Statthalters, nämlich die politische Verwaltung.¹¹ Die Übergabe vollzog sich ohne Reibungen. Eine kurze, von Hauser und Hauser unterzeichnete Kundmachung über die Neuformierung erschien noch am selben Tag als Sonderausgabe der *Linzer Zeitung*. Gleichzeitig wurde auch eine neue Landesregierung ernannt, die aber nur ein 16 Tage dauerndes Provisorium darstellte.¹² Der „alte“ Landesausschuss schloss seine Tätigkeit formal in der Sitzung vom 9. November ab, der neue mit dem Sozialdemokraten Gruber als Mitglied nahm im direkten Anschluss seine Tätigkeit auf.

Der Umbau der politischen Verwaltung wurde am 3. November 1918 bei der durch Landeshauptmann Hauser einberufenen Versammlung von Vertretern der großen politischen Parteien fortgesetzt, in der die Einberufung und Zusammensetzung einer provisorischen Landesversammlung für den 18. November festgelegt wurde. Damit war Oberösterreich das letzte Bundesland, in dem der landesparlamentarische Betrieb wieder aufgenommen wurde. Als Grundlage der Zusammensetzung diente nicht der 1909 gewählte Landtag, sondern die Ergebnisse der Reichsratswahl von 1911, was eine stärkere demokratiepolitische Absicherung sowie eine legale Repräsentanz der Sozialdemokraten sicherstellte. Ein Parteienproporz von 8:3:2 wurde vereinbart, die Gesamtzahl der Abgeordneten wurde mit 101 festgelegt, wovon 63 auf die Christlichsozialen, 23 auf die Deutschfreiheitlichen einschließlich Bauernverein und 15 auf die Sozialdemokraten entfielen.¹³ Weiterer wichtiger Punkt der Besprechung war, dass alle ehemaligen Landtagsabgeordneten, die der provisorischen Landesversammlung angehören sollten, nicht mehr als Vertreter einer Kurie gemäß dem Zensuswahlrecht, sondern als gewesene Abgeordnete und Vertreter einer Partei angesehen werden sollten.¹⁴

Provisorischer Landesausschuss

In der Sitzung der Provisorischen Landesversammlung vom 18. November wurde Johann Nepomuk Hauser als Landeshauptmann bestätigt und seine drei Stellvertreter, der Christlichsoziale Max Mayr, der Sozialdemokrat Josef Gruber sowie der Deutschnationale Franz

Langoth gewählt. Hauser selbst übernahm keine Agenden, da er zugleich von Wien aus zahlreiche bundespolitische Aufgaben wahrnehmen musste. Folglich mussten die einzelnen Sachgebiete an die drei Stellvertreter vergeben werden. So übernahm Mayr die „Allgemeine Verwaltung“ sowie die Finanzen, Gruber das Gebiet „Ernährung

und Sachgüterverwaltung“, und Langoth die Felder „Sicherheitsdienst und Militär“. Alle drei erließen fast täglich formlose Kundmachungen an die Linzer Tagespresse. Gelegentlich, bei besonderen Anlässen gab es auch Aufrufe des Landeshauptmanns selbst, etwa jenen vom 5. November, in dem er die Beibehaltung der Bewirtschaftung von Lebensmitteln bekanntgab und bei den Bauern deren Lebensmittel-Abgabepflicht anmahnte. Die drei Stellvertreter hielten regelmäßige Sitzungen ab,¹⁵ bei überschneidenden Problemen in der ersten Zeit auch gemeinsame Sprechstage.¹⁶

Die Provisorische Landesversammlung wählte außerdem neun Mitglieder des Provisorischen Landesausschusses nach dem für die Provisorische Landesversammlung vereinbarten Parteienproporz. Der Landesausschuss bestand gemäß diesem Schlüssel aus acht Christlichsozialen, drei Vertretern der Deutschfreiheitlichen (plus Bauernverband) und zwei Sozialdemokraten. Die Provisorische Landesversammlung hielt insgesamt neun Sitzungen ab; die erste am 18. November 1918, die letzte am 24. Mai 1919. Wichtigster Punkt ihrer Beratungen war die neue Landtagswahlordnung, daneben kamen aber auch andere Agenden, insbesondere Sicherheits- und Ernährungsfragen zur Sprache.¹⁷

Der Übergang von der Monarchie zur Republik in Oberösterreich gelang also formal zwar ohne weitere Schwierigkeiten, die Entstehung eines für die herrschende Elite gefährlichen Machtvakuum konnte verhindert werden. Gleichzeitig führten die eingeleiteten Maßnahmen aber zum Aufbau einer politisch modifizierten, aber nicht wirklich erneuerten Verwaltungshierarchie.¹⁸ Der entscheidende Faktor war die sofortige und nie in Zweifel gezogene Einbeziehung



Linzer Hauptplatz am 1. November 1918 (Archiv der Stadt Linz)

der Sozialdemokratie auf allen politischen und Verwaltungsebenen noch vor den ersten Landtagswahlen im Mai 1919. Nur mit deren Rückhalt konnte es gelingen, die Bevölkerung angesichts der katastrophalen Versorgungslage zur Geduld zu bewegen. Die Vorbereitung einer Wahlordnung sowie die Wahlen zur konstituierenden Nationalversammlung und der ersten demokratischen Landtagswahlen gerieten da zu einem Neben aspekt.

Anmerkungen:

1/ Haider, Siegfried: Geschichte Oberösterreichs. Wien 1987, S. 372

2/ Slapnicka, Harry: Von Hauser bis Eigruber. Eine Zeitgeschichte Oberösterreichs I (Vom Ende des ersten Weltkriegs bis zum Tode von Landeshauptmann Hauser im Jahre 1927). Linz 1974 (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs, Bd. 1), S. 25.

3/ *Linzer Volksblatt*, 28.7.1914, S. 3.

4/ Slapnicka: Von Hauser bis Eigruber, S. 32f.

5/ Ucakar, Karl: Demokratie und Wahlrecht in Österreich. Zur Entwicklung von politischer Partizipation und staatlicher Legitimationspolitik. Wien 1985, S. 278f.

6/ Adamovich, Ludwig: Der Weg zum allgemeinen und gleichen Wahlrecht. Wien 2008, S. 34

7/ *Linzer Volksblatt*, 5.11.1918, S. 1.

8/ Slapnicka: Von Hauser bis Eigruber, S. 27.

9/ *Linzer Volksblatt*, 3.11.1918, S. 2.

10/ Oberösterreichisches Landesarchiv (OÖLA), Landesausschuss, Allgemeine Reihe, Kt. 19, B II 5, 219–225, Bildung der provisorischen Landesregierung, Zl. 222 und Zl. 234.

11/ *Linzer Volksblatt*, 3.11.1918, S. 1.

12/ Slapnicka: Von Hauser bis Eigruber, S. 27.

13/ *Linzer Volksblatt*, 6.11.1918, S. 2.

14/ Slapnicka: Von Hauser bis Eigruber, S. 34

15/ OÖLA, Präs.-Akte, Kt. 198, Protokolle vom 8.2. bis 26.5.1919.

16/ Slapnicka: Von Hauser bis Eigruber, S. 28.

17/ Ebd., S. 27–36.

18/ Ebd., S. 31.